

Monitoring (Extrem) rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement **Nr. 4**

Vorwort

Im November 2013 hat das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg (MBT Hamburg) die Broschüre „Umkämpfte Räume. Extrem Rechte Strukturen in Hamburg und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie. Eine Bestandsaufnahme“ herausgegeben. Anliegen der Broschüre war es einerseits die extreme Rechte in Hamburg zu beleuchten, andererseits das zivilgesellschaftliche Engagement gegen sie zu würdigen. Der vorliegende vierte Monitoring Bericht knüpft an den Recherchestand der Broschüre und die vorangegangenen Monitoring-Berichte an.

Die verschiedenen AkteurInnen und Strukturen der extremen Rechten und des Rechtspopulismus sind ebenso wenig statisch, wie die Initiativen und Protestformen gegen sie. Veränderungen sind immer wieder zu beobachten. Die umkämpften Räume sind in Bewegung. Die Monitoring Berichte erscheinen darum in unregelmäßigen Abständen, um Interessierten aktuelle Informationen und Wissen über (extrem) rechte Strukturen in Hamburg und über neue Aktivitäten und Initiativen gegen rechts zu liefern, die bewegten Räume darzustellen und zu begleiten. Das Monitoring versteht sich damit als Beitrag zur fachlichen und gesellschaftlichen Debatte und möchte verschiedenen AkteurInnen eine Stimme geben, die ihre eigenen unterschiedlichen Perspektiven einbringen.

Aktuell besonders augenfällig wird die Dynamik im Themenfeld in den Mobilisierungen zum 12.09.2015 in Hamburg. Hooligans, RassistInnen und NeonazistInnen wollen unter dem Motto „Tag der deutschen Patrioten“ in Hamburg demonstrieren. Über verschiedene Websites und soziale Netzwerke von ganz rechts außen bis hin zur vermeintlichen „Mitte“ wird überregional für die Demonstration geworben, in den Aufrufen gehetzt gegen Geflüchtete und den Islam. Engagierte AntifaschistInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen wollen dies nicht unkommentiert geschehen lassen und rufen zu Gegenprotesten auf. In dem Artikel „Tag der deutschen Patrioten“ – Eine Analyse zum geplanten Naziaufmarsch am 12.09.2015 in Hamburg“ unterzieht Emil Meyer das Spektrum der „deutschen Patrioten“ und ihre Aktivitäten einer genaueren Analyse und berichtet über die geplanten Gegenproteste.

Juliane Lang und Ulrich Peters gehen in ihrem Beitrag den Antifeministischen Geschlechter- und Familienpolitiken von RechtspopulistInnen und der (extremen) Rechten nach. Mit diesem Beitrag soll ein bedeutsames Thema näher beleuchtet werden, das immer wieder Gegenstand inhaltlicher Interventionen ist. Schließlich findet sich ein Interview mit der Antifa 309, die derzeit schwerpunktmäßig in Farmsen aktiv ist, um den dortigen rechten Strukturen und dem alltäglichen Rassismus etwas entgegenzusetzen. Hier findet sich das Anliegen des Monitors wieder, auch lokalen AkteurInnen und ihren jeweils eigenen Perspektiven und spezifischen Erfahrungen ein Forum zu geben.

Neu im Monitor ist die Rubrik „Vermischtes“ – hier werden zukünftig Literaturtipps gegeben oder Veranstaltungen beworben, neue Internet-Seiten vorgestellt und Hinweise auf mögliche Kooperationen gegeben.

MBT Hamburg, September 2015

„Tag der deutschen Patrioten“ – Eine Analyse zum geplanten Naziaufmarsch am 12.09.2015 in Hamburg
von Emil Meyer

2

Antifeministische Geschlechter- und Familienpolitiken von Rechts
von Juliane Lang und Ulrich Peters

4

Antifaschismus im Stadtteil, eine Herangehensweise
Interview mit der Antifa 309

9

Vermischtes

12

“Tag der deutschen Patrioten”

– Eine Analyse zum geplanten Naziaufmarsch

am 12.09.2015 in Hamburg

von Emil Meyer

Seit Mai dieses Jahres mobilisiert eine Mischung aus Neonazis, rechten Fußballfans und „AsylkritikerInnen“ zum sog. „Tag der deutschen Patrioten“ (TddP) nach Hamburg, um hier einen Aufmarsch durchzuführen. Inhaltlich werden klassische rechte bzw. neonazistische Themenfelder wie „Asylmissbrauch“, „Überfremdung“ und Patriotismus benannt. Die OrganisatorInnen distanzieren sich nach Außen von den gewalttätigen Ausschreitungen bei dem „HoGeSa“-Aufmarsch im Oktober 2014 in Köln, zu denen die Öffentlichkeit natürlich eine Parallele zieht, da die aufrufenden Gruppierungen und Einzelpersonen teilweise dieselben sind. Ein Blick in die Strukturen, die Mobilisierung und Inhalte des Personenkreises rund um den TddP entlarven diese aber deutlich als das, wie sie auch bereits von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen, wie etwa dem Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR), benannt wurden: als gewaltbereite, neonazistische Hooligans und deren Umfeld.

Laut Presseberichten wird der Anmelder des Aufmarsches Bernhard W. auch von Hamburger Neonazi-Kadern maßgeblich unterstützt. Weiterer Organisator und treibende Kraft ist der schon lange in Hamburg aktive extrem rechte Kader Thorsten de Vries. Dieser ist in Hamburg und Norddeutschland vor allem dadurch bekannt geworden, dass er Mitte 2005 einen Neonaziladen auf dem Kiez in Hamburg betrieb und nachdem dies scheiterte, selbiges in Rostock ausprobierte. De Vries war außerdem lange Jahre in der Hamburger NPD aktiv, bevor er 2007 aus dieser ausgeschlossen wurde. Im September 2013 nahm er an dem neonazistischen Netzwerktreffen „Stammtisch Hamburg“ teil und hielt auf der „HoGeSa“-Demo in Köln eine Rede. De Vries fühlt sich dem „patriotischen Fußballspektrum“ zugehörig.

Bereits im November 2014 gab es eine Anmeldung für einen rechten Hooligan-Aufmarsch in Hamburg. Der damalige Anmelder agierte allerdings ohne Rückhalt in der „Szene“ und der Aufmarsch wurde abgesagt. Dies ist sicher ein Grund dafür, dass de Vries bereits über vier Monate vor dem Termin mit der Mobilisierung und Organisation begonnen hat.

Bei den beiden letzten großen Neonaziaufmärschen (01. Mai 2008 und 02. Juni 2012) die vor allem aus extrem rechten Parteikreisen und der Kameradschaftsszene organisiert wurden, war das zu erwartende Personenpotential klarer einzuschätzen, als bei dem nun geplanten Aufmarsch. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass bisher nur vereinzelt (extrem)rechte Parteistrukturen, wie z.B. der Landesverband der NPD Hamburg und sein Jugendverband „Junge Nationaldemokraten“, Dominik Horst Roeseler (stellvertretender Vorsitzender „Pro NRW“), Siegfried Borchardt (Kreisvorsitzender „Die Rechte“, Dortmund) oder „Freie Kräfte“, wie etwa die „AG Nordheide“ mobilisieren. Zum 12.09. mobilisiert darüber hinaus ein weites Feld an rechten und extrem rechten Gruppierungen und Einzelpersonen, vor allem über Soziale Medien wie Facebook zu dem Aufmarsch. So etwa die „German Defence League“ oder das neonazistische Internetprojekt „FSN.tv“.

Im Kern geht die Mobilisierung allerdings von rechten selbsternannten Hooligans aus. Ein Zusammenschluss von „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa), „Bündnis Deutscher Hooligans“ (BDH), „Gemeinsam stark Deutschland“ (GSD) und „Berserker Deutschland“ ruft in einer gemeinsamen Erklärung zur Teilnahme auf und bewirbt darüber hinaus einen Aufmarsch im Oktober 2015 in Köln („HoGeSa Jahrestag“). Somit ist davon auszugehen, dass der Personenkreis, der am 12.09. in Hamburg aufmarschieren will, vorrangig aus einem ähnlichen Personenpotential besteht, wie die Teilnehmenden des „HoGeSa“ Aufmarsches im Oktober 2014 in Köln.

Zusätzlich sind auch organisierte Neonazis und Rechtspopulist_innen zu erwarten. Ein bei der allgemein schwer zu ertragenden derzeit vorherrschenden rassistischen Pogromstimmung angestrebter Schulterchluss zu rassistischen Massenbewegungen, wie „Pegida“ oder „Widerstand Ost-West“ ist nicht zu erkennen. Einerseits hat sich der Kern der rechten Hooligans in einer Mitteilung von ebenjenen mit klaren Worten distanziert – „Ob Jewgida, wow oder gida Dachverband und wie nicht noch so manche heissen, wir sind Patrioten und stehen für Deutschland und die Sache ein. Wir stehen nicht für gesteuerte und noch weniger für zionistische Bewegungen“ [Fehler im Original]. Andererseits sind die angesprochenen Strukturen in Hamburg faktisch nur online aktiv - und nach internen Streitereien sogar nur begrenzt in der Lage, ihre Online-Präsenz aktiv zu halten.

Die OrganisatorInnen versuchen durch inhaltliche Unschärfe alles am 12.09. auf die Straße zu kriegen, was sich selbst als „Patriotisch“ versteht. Konservative und (extrem) rechte Parteien, „Freie Kräfte“ und nationalistische Strukturen sind dabei ebenso willkommen, wie „Asylkritiker_innen“ und „patriotische Fußballfans“. Die einzige und leicht durchschaubare formale Distanz zu (extrem) rechten Parteien und Gruppierungen wird durch ein „Verbot“ von Parteitransparenten und -fahnen formuliert. Auch die Nicht-Erwünschtheit von schwarz-weiß-roten Fahnen wird durch das Erlauben von schwarzen Fahnen (allg. ein Erkennungsmerkmal der „Freien Kräfte“) ad absurdum geführt. Auch die Tatsache, dass das erste Konto, auf den Unterstützer_innen Geld einzahlen konnten, dem Hamburger NPD-Funktionär Marius E. gehörte,

macht die Distanz bzw. Nähe zu extrem Rechten deutlich. Die Statements des Orga-Kreises, die fast ausschließlich über den FB-Account von de Vries verbreitet werden, bestehen aus einer ideologischen Mischung von (extrem) rechten Positionen, Verschwörungstheorien und verfestigten Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Alleine die Schlagworte aus einem Statement von de Vries machen dies deutlich. Er schwadroniert dort von „linkem Meinungsfaschismus“, der „Flüchtlings-Wahnsinn“, „politisch korrekten Gleichmacher-Gesellschaft“, den „BRD System-Medien“, den „feigen und morallosen westlichen und US-hörigen BRD_EU Politikern“ und dem „EU Meinungsfaschismus“.

Ein interessanter Faktor ist die Art und Weise der Mobilisierung. Sie verläuft, anders als es von neonazistischen Aktivitäten bekannt ist, fast ausschließlich über das Internet bzw. über den Facebook-Account von de

Vries. Neben mobilisierenden Videos, Ansprachen und Statements des Orga-Kreises finden sich dort auch immer wieder Grafiken, die den Tag bewerben. Zusätzlich gibt es mindestens eine Website, die den Tag direkt bewirbt. Bisher sind keine Sticker, Plakate oder Transparente aufgetaucht und auch keine Veranstaltungen, die schon weit im Vorfeld den Tag bewerben, wie etwa bei der neonazistischen Kampagne „Tag der deutschen Zukunft“. All diese Faktoren sollten aber nicht als Hinweis gelesen werden, dass durch diese Art der Mobilisierung nur wenige (extrem) Rechte nach Hamburg kommen, sondern eher so verstanden werden, dass die Netzwerke und Strukturen rechter Hooligans anders agieren. Letztlich bleibt es abzuwarten, wie viele (extrem) Rechte den Weg am 12.09. nach Hamburg tatsächlich antreten werden, zu unterschätzen ist diese Melange allerdings nicht. Das zu erwartende Gewaltpotential, so hat Köln deutlich gezeigt, ist vorhanden.

Die zuerst angekündigte Strecke durch die Innenstadt wurde den Rechten untersagt. Die Route sollte durch die Hafen-City führen, in der auch die Hamburger Cruise-Days stattfinden werden. Anfang September erließ die Hamburger Polizei eine Verbotsverfügung für den Aufmarsch. Die Organisatoren des Aufmarsches wollen dagegen auf jeden Fall klagen. Ob das Verbot vor Gericht Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre kann dies allerdings stark bezweifelt werden. Eine endgültige Entscheidung fällt gegebenenfalls erst kurzfristig vor dem Aufmarsch.

Unabhängig davon, wo am Ende die Neonazis stationär oder doch mit einem Aufmarsch zusammenkommen werden, die Hamburger Zivilgesellschaft wird dort sein und lautstark und vielfältig ihren Protest äußern. Viele Plakate und Aufkleber zieren Hamburgs Straßen und machen deutlich, dass Neonazis nicht willkommen sind. Das HBGR hat bereits an die 600 (!) unterzeichnende Institutionen, Gruppen, Bands und Künstler_innen für seinen Aufruf zu einer Demonstration und Blockade des Aufmarsches mobilisieren können. Als weitere Initiative rufen Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz, Senat und Bürgerschaft mit dem Bündnis „Hamburg bekennt Farbe!“ für den 12. September 2015 zu einer Kundgebung für Demokratie, Toleranz und Vielfalt auf dem Hamburger Rathausmarkt auf.

So bleibt zu hoffen, dass durch zivilgesellschaftliche Intervention der Aufmarsch „patriotischer Fußballfans“ und anderer Neonazis ein Fiasco wird und sich die Drohung von de Vries, im nächsten Jahr erneut einen Aufmarsch in Hamburg durchführen zu wollen, direkt nach dem ersten Versuch erledigt hat. ■

Antifeministische Geschlechter- und Familienpolitiken von Rechts

von Juliane Lang und Ulrich Peters

Auch wenn normative Geschlechterpolitiken und antifeministische Argumentationen Ideologie und Handeln der extremen Rechten zu allen Zeiten durchzogen, ist in den letzten Jahren ein Anstieg offen antifeministischer Inhalte in allen Spektren der extremen Rechten festzustellen. Dieser Anstieg verläuft parallel zu medial präsenten Mobilisierungen antifeministischer AkteurInnen¹ und gesamtgesellschaftlichen Debatten um Geschlechterverhältnisse.²

Die Bezugnahme der extremen Rechten auf antifeministische AkteurInnen jenseits der eigenen Szenen (siehe Kasten) zeugt vom Buhlen der extremen Rechten um breite Bündnisse und deren Ziel,

Als antifeministische AkteurInnen beschreiben wir hier heterogene AkteurInnen und Akteursgruppen, die sich - in organisierter Form - in expliziter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus positionieren und/ oder sich in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familiärer Lebensformen und eine damit einhergehende Anerkennung derselben in ihrer Vielfalt stellen.

Einfluss in gesellschaftliche Debatten um Geschlecht und Geschlechterpolitiken zu gewinnen. So führt die sächsische NPD-Politikerin Gitta Schüssler aus: „Gender ist ein Umerziehungsprojekt, dass Frauen und Männern ihre natürliche, angeborene Geschlechtsidentität aberziehen will. Nicht nur die Rechten, auch konservative Kreise haben damit ihre Probleme.“ Eine Einflussnahme in gesamtgesellschaftliche Debatten gelingt der extremen Rechten bislang nur punktuell, indem extrem rechte Argumentationen gegen die „menschenverachtende Maßnahme Gender“ und die „Schaffung eines neuen Menschen“ von antifeministischen AkteurInnen auch außerhalb der extremen Rechten übernommen und reproduziert werden.

Auch in Hamburg spielen Themen der Familien- und Geschlechterpolitiken eine Rolle in der Mobilisierung extrem rechter wie auch anderer antifeministischer AkteurInnen. Die Bezugnahme auf gemeinsame Narrative einer „Frühsexualisierung von Kindern“ durch eine Pädagogik der Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechteridentitäten zeigt geteilte Bezugspunkte einer heterogenen Gruppe familienpopulistischer AkteurInnen auf. So fand im Januar diesen Jahres eine Demonstration eines Ablegers der „Besorgten Eltern“ aus dem niedersächsischen Sendenhorst statt. Unter dem Motto „Stoppt den Sexualkundezwang

an Grundschulen“ zogen sie am 24. Januar 2015 durch die Hamburger Innenstadt. Auf der Abschlusskundgebung vor dem Hamburger Rathaus sprach der damalige integrationspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, Nikolaus Haufler, und erntete den Applaus der ca. 50 TeilnehmerInnen. Auch wenn an der Demonstration selbst keine einschlägig bekannten Neonazis teilnahmen, ist eine inhaltliche Nähe der dort vertretenen Positionen zu familienpopulistischen Interventionen der extremen Rechten zu beobachten. Nicht zuletzt aufgrund der breiten Proteste zivilgesellschaftlicher, antifaschistischer, profeministischer und LGBTIQ-Organisationen³ nahmen die Organisator/innen von weiteren für das Jahr 2015 geplanten Demonstrationen der „Besorgten Eltern“ in Hamburg und Berlin Abstand.

Zeitlicher Verlauf

Explizite Angriffe gegen ‚Gender‘ und die gleichstellungspolitische Strategie Gender Mainstreaming⁴ von Seiten der extremen Rechten begannen erstmals 2006. Dem vorweg gingen mediale Debatten um

„‚Gender‘ ist der englische Begriff für das, was im Deutschen als ‚soziales Geschlecht‘ bezeichnet wird. Gemeint sind die individuelle Identität und soziale Rolle jedes Menschen in Bezug auf das Geschlecht und wie diese in einer Gesellschaft bewertet werden. Ursprünglich wurde dabei vom biologischen Geschlecht (Sex) direkt auf das soziale Geschlecht (Gender) geschlossen und über die Veränderbarkeit des sozialen Geschlechts diskutiert; so etwa, ob eine ‚biologische‘ Frau auf die soziale Rolle als Mutter festgelegt sei. Heute wird betont, dass Sex und Gender voneinander unabhängig sind. Zudem setzt sich zunehmend die Erkenntnis durch, dass auch das biologische Geschlecht nicht eindeutig sein muss. Erstens kann es also sein, dass das biologische Geschlecht unklar ist, und zweitens, selbst wenn es eindeutig sein sollte, muss sich ein ‚biologischer‘ Mann noch lange nicht als ‚sozialer‘ Mann verstehen. Aus: Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/politische-bildung/193100/gender>.

Äußerungen der vormaligen Nachrichtensprecherin Eva Hermann zur Bedeutung von Weiblichkeit und Mutterschaft in modernen Gesellschaften sowie ein Artikel in der FAZ, in dem Gender Mainstreaming als „politische Geschlechtsumwandlung“ beschrieben wird.

Die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* nahm dies als Steilvorlage, um in den folgenden Jahren zum Rundumschlag gegen den vormalig weitestgehend unbekanntem Begriff Gender, die dahinter liegende Annahme der sozialen Gewordenheit von Geschlecht und gleichstellungspolitische Strategien wie Gender Mainstreaming vorzugehen. Weitere extrem rechte AkteurInnen schlossen sich dem in den Folgejahren an: so etwa das NPD-Organ *Deutsche Stimme*, die Monatszeitschrift *Zuerst* sowie ein in dem Zuge entstandenes Online-Portal der „Initiative Gender-Terror abschaffen“ (kurz: „Free Gender“). Das Portal wirkte szeneweit und wurde spektrenübergreifend zum Ansprechpartner für dieses Thema. Auch wenn sich die Öffentlichkeitsfelder extrem rechter, antifeministischer Mobilisierungen zwischenzeitlich verschieben und an aktuelle gesellschaftliche Debatten anpassen, finden sich grundlegende Argumentationen und Themen in den Debatten gegen „Gender“ und der Rede vom „Genderismus“ bis heute wieder.

Mit den Veröffentlichungen der populären Antifeministin Birgit Kelle und den mobilisierungsträchtigen Protesten gegen die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung homosexueller Lebensweisen erfährt die Kritik an ‚Gender‘ neuen Fahrtwind. Extrem rechte Argumentationen wie auch alt bekannte AkteurInnen finden sich wieder in Protesten, wie sie anlässlich des „Bildungsplan 2015“ in Baden-Württemberg⁵ und in der Debatte um die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare zu beobachten sind.

Themen

Gender und Gender Mainstreaming wurden von Seiten der extremen Rechten nie neutral verhandelt, sondern waren von Beginn an Kern eines allumfassenden Feindbildes. Die Annahme einer sozialen Gewordenheit von Geschlecht widerspricht der volksgemeinschaftlichen Geschlechterordnung, in der Geschlechterrollen und Geschlechtlichkeit unverhandelbar an das biologische Geschlecht der Einzelnen gekoppelt sind. Die Volksgemeinschaft kennt keine Individuen, sondern nur die heterosexuelle Familie als kleinste Zelle. Hierüber werden Geschlechterrollen an Männer und Frauen vergeben und Männlichkeit wie auch Weiblichkeit an die völkischen Pflichten der Einzelnen gebunden.⁶ In den Angriffen gegen ‚Gender‘ und ‚Gender Mainstreaming‘ wird so deutlich wie nie zuvor Geschlechtlichkeit, also wie Männer und Frauen zu sein haben, verhandelt. Beklagt wird u.a. eine „gesellschaftliche Entmannung“ – das heißt der Verlust traditioneller Männlichkeit – und eine angebliche Vorherrschaft des Feminismus – der eine naturgegebene Ordnung der Geschlechter bedrohe und Männer wie Frauen in widernatürliche Rollen dränge.

Negativ dargestellt wird darüber hinaus ein enttabuisierender Umgang mit Sexualitäten im Allgemeinen und die gesellschaftliche Anerkennung von LGBTIQ-Lebensweisen im Besonderen. Die damit einhergehenden populistischen Angriffe manifestieren sich u.a. im Schreckgespenst einer angeblichen „Frühsexualisierung“ von Kindern.

Die Diskussionen um ‚Gender‘ und die gleichstellungspolitische Maßnahme Gender Mainstreaming dienen der extremen Rechten darüber hinaus zur Infragestellung demokratischer Gesellschaften und humanistischer Grundwerte. Demokratischen Grundwerten verpflichtete Gesellschaften werden zur „gegenderten Gesellschaft“ stilisiert und in die Nähe eines Szenarios gerückt, in dem nicht nur die Geschlechtergrenzen verschwimmen, sondern jedwede Grenze und damit auch andere vermeintlich klare Kategorien eines Wir und die Anderen. So führt der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann in der *Jungen Freiheit* aus, dass eine „prinzipielle Gleichheit (...) nicht nur zu den Absurditäten von Weltinnenpolitik und Multikulturalismus geführt [habe], sondern auch zu einer Umverteilung von groteskem Ausmaß, Atomisierung des sozialen Gefüges, Zerstörung des Leistungsprinzips, Gebärstreik und gender mainstreaming“.

Die christlich-fundamentalistischen Rednerinnen Gabriele Kuby und Inge Thürkaufrägten letztlich den Begriff des „Genderismus“: der

Begriff stammt explizit nicht von Vertreter*innen progressiver Geschlechterpolitiken, sondern ist von Beginn an durch antifeministische AkteurInnen als Feindbild geprägt und zur eigenen Abgrenzung genutzt worden. In Verkennung tatsächlicher gesellschaftlicher Verhältnisse und angesichts weitgehender Unkenntnis von Genderpolitiken wird ‚Gender‘ in die semantische Nähe einer dem Untergang geweihten Gesellschaft gerückt. Heute wird der Begriff ‚Genderismus‘ spektrenübergreifend von antifeministischen AkteurInnen auch außerhalb der extremen Rechten genutzt und die damit verknüpften Bilder ungebrochen übernommen.

Nicht zuletzt zieht sich ein ausgeprägter Anti-Etatismus durch die Argumentation der extremen Rechten gegen ‚Gender (Mainstreaming)‘. In Verkennung realer gesellschaftlicher Machtverhältnisse und als Ausdruck eines antidemokratischen Gesellschaftsbildes rücken antifeministische AkteurInnen ihr Gegenüber in eine ge-

sellschaftlich machtvolle Position und stilisieren sich selbst zum Opfer dessen. Insbesondere in der Diskussion um geschlechterreflektierende und diskriminierungssensible Sprache stilisieren sich antifeministische AkteurInnen als vermeintlich freiheitliche VorkämpferInnen gegen eine vermeintliche politische Korrektheit und europäische Gleichstellungspolitikern.

AkteurInnen

Junge Freiheit

Die neurechte Wochenzeitung fungierte von Beginn an als Stichwortgeberin für antifeministische Angriffe gegen ‚Gender‘ und ‚Gender Mainstreaming‘ und ist in ihrer Scharnierfunktion zwischen extrem rechten und verschiedenen konservativen sowie christlich-klerikalen Milieus nicht zu unterschätzen. Ob anlässlich der ‚Märsche für das Leben‘ der selbsternannten Lebensschützer⁷ oder der besorgniserregenden Proteste aus dem Netzwerk der ‚Besorgten Eltern‘ – überall versucht sich die Junge Freiheit als mediales Organ konservativ-rechtsoffener bis extrem rechter Mobilisierungen zu etablieren. Hiervon zeugt aktuell die verlageigene Abokampagne unter dem Titel ‚Gender mich nicht‘. Im Begleitvideo zur Kampagne heißt es, dass ‚Gender Mainstreaming‘ für ‚nicht weniger als die Schaffung eines neuen Menschen‘, anhand der ‚Frühsexualisierung und Indoktrination von Kindern schon ab dem Vorschulalter‘, stehe, mit der Folge ‚zerstörte[r] Kinderseelen und eine[r] entwurzelte[n] Gesellschaft‘. Waren es vormals eher Argumen-

tationen zur Geschlechteridentität von Männern und Frauen, die durch die Annahme eines sozialen Geschlechts – Gender – in Frage gestellt würde, so werden in den vergangenen zwei Jahren verstärkt Kinder als Zielscheibe der ‚Genderisten‘ ausgemacht und mit dem vermeintlichen Schutz des Kindeswohls gegen den gleichberechtigten Einbezug nicht-heterosexueller Lebensweisen, etwa in Lehrpläne öffentlicher Schulen, argumentiert.

Die Alternative für Deutschland und ihre Netzwerke

Die AfD beschreibt sich selbst als ‚Familienpartei‘ und setzt dabei auf dezidiert antifeministische und familienpopulistische Inhalte. Dabei geht es in ihrem Familienpopulismus nicht um die Lebensbedingungen von Eltern und Kindern in Deutschland. Ihr Forderungskatalog zeugt vielmehr von dem Ansinnen, Bevölkerungspolitik und eine Politik der gesellschaftlichen Ausgrenzung zu betreiben – Besitzende gegenüber sozial Schwachen, Männer gegenüber Frauen, Heterosexuelle gegenüber Homosexuellen, Mehrheitsdeutsche gegenüber Zugewanderten. Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Thüringer Landtag, kündigt an, ‚[d]em Konzept des sogenannten Gender Mainstreamings, einem Sonntagskind der Dekadenz, das auf die Auflösung der natürlichen Geschlechterordnung abzielt, (...) den Kampf‘ anzusetzen.¹¹

Gleichstellungspolitische Maßnahmen wie etwa die sog. Frauenquote werden abgelehnt und dienen der AfD zur populistischen Selbstinszenierung. So schreibt etwa die Junge Alternative Hamburg, sie lehne ‚Frauenquoten und ähnliche zwangsbeglückende Maßnahmen strikt ab‘ (Landesvorsitzender Julian Flak, der inzwischen Beisitzer im Bundesvorstand der AfD ist). Im Vorfeld der Europawahl hat sich insbesondere die Jugendorganisation der AfD, die Junge Alternative, offensiv mit antifeministischen Positionen hervorgetan. Im Rahmen einer im März initiierten Fotoaktion unter dem Label ‚Warum ich keine Feministin bin‘ wurden junge AfD-AnhängerInnen zu Selbstportraits mit entsprechenden Schildern aufgefordert.

Die auffallende Dominanz antifeministischer Argumentationen innerhalb der AfD hing in den Anfängen der Partei maßgeblich mit dem Einfluss der AfD-Europaparlamentarierin Beatrix von Storch zusammen. Die erzkonservative Netzwerkerin steht gemeinsam mit ihrem Ehemann dem Verein ‚Zivile Koalition‘ vor, der zu den UnterstützerInnen der sogenannten ‚Lebensschützer‘-Märsche zählt. Die Zivile Koalition ist in verschiedene Sektionen gegliedert und forciert über diverse Internetseiten und -kampagnen eine konservative Genderpolitik. Zum Kampagnennetzwerk rund um die von Storchs zählt auch die ‚Initiative Familienschutz‘, die in Baden-Württemberg maßgeblich an der Organisation von Protesten gegen die Einführung sexueller Vielfalt als Unterrichtsinhalt an Schulen beteiligt ist. ‚Sie wissen, dass es gegen diese Bildungspläne in Stuttgart große Demonstrationen gibt (...) Sie wissen vielleicht nicht, dass ich die organisiere, das läuft auch aus

meinem Büro. Ich bin ja nicht nur mit der ‚Alternative für Deutschland‘ aktiv, sondern auch mit der ‚Zivilen Koalition‘, so von Storch. Diese und ähnliche Aktivitäten stoßen im dominanten nationalkonservativen Teil der Partei auf positive Resonanz.⁸

Im Sommer diesen Jahres kam es zur Abspaltung von großen Teilen des wirtschaftsliberalen Flügels der AfD um den Parteigründer Bernd Lucke. Eine Abkehr von familien- und geschlechterpolitischen Themen ist von der neu gegründeten „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) dagegen nicht zu erwarten. Parteiprogramm der ALFA und politische Vorgeschichte der AkteurInnen deuten viel mehr auf eine weitere AkteurIn im heterogenen Feld der FamilienpopulistInnen und AntifeministInnen hin. So forderte der fünffache Familienvater Lucke vor der erfolgreich bestrittenen Wahl zur Hamburger Bürgerschaft von

seiner Partei, Familienpolitik zum Kernthema des Wahlkampfes zu machen und wünschte sich vom Ex-Fußball-Profi Thomas Hitzlsperger, dass dieser „sein Bekenntnis zu seiner Homosexualität verbunden hätte mit einem Bekenntnis dazu, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind“. Im Parteiprogramm der ALFA heißt es in weichgespülter Rhetorik: „Umstrittene Kampagnen spezieller Interessengruppen, die spezifische Auffassungen etwa zum Klimawandel oder zum Geschlechterverständnis (sog. Gender Mainstreaming) oder zur sexuellen Selbstbestimmung von Minderjährigen vertreten und aktiv vorantreiben, haben in staatlichen Einrichtungen nichts zu suchen und dürfen vom Staat nicht gefördert werden.“ Lucke und die ALFA werben für das „Positive, Erfüllende einer Mutter-Vater-Kinder-Familie“ und schließen andere familiäre Lebensformen aus. Sie nutzen antifeministische und homophobe Narrative einer „Gender-“ oder wahlweise „Homo-Lobby“, die Politik gegen die vermeintlich „normale“ heterosexuelle Mehrheit der Bevölkerung betreibt und sind somit nur vermeintlich liberaler als der ehemals nationalkonservative Flügel der AfD unter der jetzigen Bundesvorsitzenden Frauke Petry. Inwieweit sich die ALFA an antifeministischen Mobilisierungen auf der Straße beteiligen wird, bleibt abzuwarten.

Neonazistische Rechte

Klassisch neonazistische AkteurInnen wie die NPD und die partei eigene Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) lancieren die antifeministische Debatte um Gender mit eigenen Positionierungen gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare und eine vermeintliche „Frühsexualisierung“ von Kindern und Jugendlichen, wirken jedoch wenig über die eigene Szene hinaus. RNF und NPD waren

nicht an der Organisation der Demonstrationen „Besorgter Eltern“ beteiligt, wandten sich jedoch in zeitlicher Nähe gegen den Einbezug einer Pädagogik der Vielfalt sexueller Orientierungen und Geschlechteridentitäten. „Die Inhalte solcher Unterrichtsstunden zielen auf die pädagogische, moralische und ideologische Umerziehung bereits im Kindergartenalter ab. Mit einer erschreckenden Selbstverständlichkeit wird somit die Schulpolitik übergrifflig auf die Jüngsten und Unschuldigsten in der Gesellschaft, nämlich unsere Kinder.“, schreibt der RNF zum „Bildungsplan 2015“ und greift die Argumente der bürgerlichen BildungsplangegnerInnen auf. Im Kern, so bringt es der RNF auf den Punkt, gehe es darum, „daß das traditionelle Familienbild aufrecht erhalten und geschützt wird.“

Auch aus der subkulturell orientierten extremen Rechten sind Bezugnahmen auf antifeministische AkteuInnen jenseits extrem rechter Szenen zu beobachten. So greift die aus Norddeutschland stammende Rechtsrock-Band „Anthrazit“ in ihrem Lied „Gender mich nicht voll“ den gleichlautenden Titel Birgit Kelles auf und singt: „Gender mich nicht voll mit deinem Mist, nur weil du nicht weißt was du selber bist, die Natur ist schön so wie sie ist, weil Männer und Frauen eben anders sind.“ Die neonazistische Rechte greift damit auf eben jene vermeintlich freiheitliche Lesart zurück, der zufolge Gender den Menschen verbiete, unbekümmert Mann oder Frau zu sein.

Das Feindbild Gender und die „gegenderte Gesellschaft“ werden verknüpft mit extrem rechten Opfererzählungen und Selbstinszenierungen. So schreiben norddeutsche Neonazis anlässlich der jährlichen Demonstration durch Bad Nenndorf von den „Verbrechen der selbst ernannten Befreier, welche auch heute noch unser Volk in den Ketten der Fremdbestimmung gefangen halten. Entartung, Raffgier, Genderwahn und Perversion sind die Waffen, die in unseren Tagen gegen das deutsche Volk eingesetzt werden. Der Befreiungslüge folgten die Lügen der selbst ernannten „modernen“ und „aufgeklärten“ Gesellschaft ...“.

Pegida und Co

Nicht zuletzt mit Blick auf Mobilisierungen von Pegida und Co entsteht zur Zeit der Eindruck, die GegnerInnenschaft zu ‚Gender‘ und einer vermeintlichen „Frühsexualisierung“ gehört zum guten Ton (extrem) rechter und konservativer AkteurInnen. So fordern Pegida und andere ihnen nahe Ableger in ihrem Grundsatzpapier, den sog. Dresdner Thesen, gleich im ersten Punkt den „Schutz, Erhalt und respektvolle[n] Umgang mit unserer Kultur und Sprache, Stopp dem politischen oder religiösen Fanatismus, der Islamisierung, der Genderung und der Frühsexualisierung.“ Hierin verbirgt sich ein komplex miteinander verwobenes Feindbild einer Gesellschaft, in der Grenzen zwischen Kulturen, Religionen und nicht zuletzt den Geschlechtern verschwimmen und somit nicht länger dem von Pegida angestrebten Machterhalt dominanter Gruppen in der Gesellschaft dienen.

Tatjana Festerling, vormalige Kandidatin der Hamburger AfD zur Bezirksverordnetenversammlung, spricht nach ihrem Umzug nach Dresden und im Zuge ihrer Kandidatur für das Amt der Oberbürgermeisterin vor Pegida-AnhängerInnen von den „okkulten Riten der Multitoleranzweltanschauung wie Genderismus, Feminismus, Veganismus, Islamismus, Beschneidung, Amputationen und gender-gerechte Steinigungen“, einem „Terror der schwul-lesbisch-queeren (sic!)

intersexuellen Minderheit“ und den „verkrachten Gender-Tanten mit ihrem überzogenen Sexualseiß“. In widersprüchlicher Weise werden mehrheitsdeutsche Geschlechterverhältnisse zur Argumentation einer vermeintlichen Überlegenheit der „deutschen“ gegenüber muslimisch-geprägten Kulturen gewandt. Andererseits wird sich einer Liberalisierung traditioneller Geschlechterverhältnisse entgegen gestellt und in die Nähe einer multikulturellen „Endzeitgesellschaft“ gerückt.

Vielfalt leben!

Geschlechter-, Familien- und Gleichstellungspolitiken dienen als Scharnier zwischen extremer und bürgerlicher Rechter. Was sie vereint, sind explizit antifeministische Argumentationen, mit denen

sich gegen eine Liberalisierung ehemals starrer Geschlechterrollen und die Anerkennung vielfältiger familialer und sexueller Lebensweisen gewandt wird. Im Kern wenden sich die Gender-KritikerInnen gegen eine behauptete Bevormundung und Indoktrination von Seiten des Staates – und verkennen damit gesellschaftliche Verhältnisse und demokratische Grundwerte. „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“, heißt es in Art. 3 (3) GG. Forderungen nach einem Abbau bestehender gesellschaftlicher Ungleichheiten und die Sichtbarmachung gesellschaftlicher Vielfalt sind damit Ausdruck und Anerkennung einer Öffnung und Pluralisierung moderner demokratischer Gesellschaften. Nicht die Anerkennung, sondern die Nicht-Anerkennung vielfältiger Lebensweisen schließt Menschen von der selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe an Gesellschaft aus.

Staatliche Gleichstellungspolitiken ebenso wie der Einbezug vielfältiger Lebensweisen in die Lehrpläne allgemeinbildender Schulen orientieren sich an der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen – und laufen damit konträr zu extrem rechten Vorstellungen einer Ungleichwertigkeit von Menschen. Die inhaltliche Nähe extrem rechter und bürgerlicher Argumentationen gegen Gender (Mainstreaming), den „Bildungsplan 2015“ und die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare macht es notwendig, sich dezidiert mit antidemokratischen Einstellungen auch jenseits der extremen Rechten auseinander zu setzen. ■

Anmerkungen

- 1 Anmerkung zur Schreibweise: Zur Bezeichnung von Personen(gruppen), die sich selbst ausschließlich in einer streng zweigeschlechtlichen Geschlechterordnung verorten, wird hier das Binnen-I verwandt; für alle anderen wird die *-Schreibweise gewählt.
- 2 Zu den Mobilisierungen gegen Gender: Regina Frey/ Marc Gärtner/ Manfred Köhnen und Sebastian Scheele: Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse. Hrsg. vom Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin, 2014.
- 4 Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer-Organisationen.
- 6 „Gender–Mainstreaming: politische Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter. Gender–Mainstreaming wird als ein Prozess verstanden, der darauf zielt, dass bei sämtlichen politischen Aktivitäten die Auswirkungen für Frauen und Männer beachtet werden. Es geht dabei insbesondere auch um die Reorganisation beziehungsweise Verbesserung von politischen Entscheidungsprozessen, damit Frauen und Männer gleichberechtigt von ihnen profitieren können und erkannte störende Ungleichheiten nicht weiter fortbestehen.“ Aus: Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22249/gendermainstreaming>.
- 7 Vertiefend: Lucie Billmann (Hrsg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen, fundamentalistischen und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Materialien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, 2015.
- 8 Vertiefend: Juliane Lang: Frauenbilder in der NPD zwischen Modernisierung und traditionellen Vorstellungen: Positionen zu Feminismus, Emanzipation und Gender Mainstreaming. In: Amadeu-Antonio-Stiftung/ Heike Radvan: Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin, 2013: S. 89-104.
- 9 Vertiefend: Eike Sanders, Ulli Jentsch und Felix Hansen: „Deutschland treibt sich ab“ – Organisierter „Lebensschutz“, Christlicher Fundamentalismus, Antifeminismus. Münster, 2014.
- 10 Weitergehend: Andreas Kemper: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Berlin, 2014.
- 11 Höcke im Interview mit Blauer Narzisse, <http://www.blauenarzisse.de/index.php/geschichte/item/4824-afd-als-identitaere-kraft-ii?tmpl=component&print=1>, 14.8.2014.

Antifaschismus im Stadtteil, eine Herangehensweise

Interview mit der Antifa 309

Stellt euch doch bitte kurz vor! Wer seid, was macht ihr so?

Moin, wir sind die Antifa 309, ein Zusammenschluss von Antifaschist_innen aus Steilshoop, Barmbek-Nord und Umgebung. Hier sind wir auch aktiv. Das erste Mal sind wir im November 2014 an die Öffentlichkeit getreten, als wir dazu aufgerufen haben die rassistische Demo in Farmsen/Berne zu verhindern. Der Name Antifa 309 wurde bewusst gewählt und leitet sich von der Postleitzahl des Stadtteils Steilshoop (22309) ab, da wir versuchen in dem Viertel, vor unserer Haustür, Politik zu machen. Dabei bauen wir stetig weitere Kontakte zu Menschen und Initiativen aus unserer Umgebung auf. Zentral haben wir uns in den vergangenen Monaten damit beschäftigt, gegen rechte Aktivitäten in unserer Region, vor allem in Farmsen und Berne vorzugehen. Zudem wollen wir die Stadtteile, in denen wir uns aufhalten, beispielsweise durch eigene Aufkleber, umgestalten.

Seid ihr eine reine antifaschistische Initiative oder habt ihr auch noch andere Punkte auf der Agenda? Z.B. Beteiligung von Jugendlichen im Stadtteil oder ähnliches?

Auch wenn wir uns gegründet haben, um etwas gegen die rassistische Demo in Farmsen/Berne zu machen, würden wir uns nicht als eine rein antifaschistische Gruppe verstehen. Wir haben zwar bisher die Arbeit gegen Nazis und Rassismus in den Vordergrund gestellt, aber wir richten uns mit unseren Aktionen und Überzeugungen auch gegen andere Formen von Unterdrückung, Ausbeutung und Diskriminierung. Zum Beispiel, in dem wir versuchen an diesen gesellschaftlichen Strukturen etwas zu ändern. Wir müssen uns aber auch immer wieder fragen, in

wie weit wir selbst durch diese Verhältnisse geprägt sind oder davon profitieren (Beispiel Sexismus).

Wir versuchen auch durch Gespräche und Interviews mit Leuten aus dem Viertel mehr über die Probleme vor unseren Haustüren zu erfahren, um die Themen aufgreifen zu können, die die Menschen hier bewegen...

„Könnt ihr die Situation in Farmsen/Berne bitte etwas genauer beschreiben? Welche Probleme habt ihr mit Neonazis? Sind die (extrem) rechten Strukturen bekannt?“

Um ehrlich zu sein ist die Situation scheiße. Für Hamburger Verhältnisse wohnen da ziemlich viele Neonazis auf einem Haufen. Sie sind untereinander gut vernetzt und dazu ziemlich aktionsorientiert. Das Problem ist aber eher, dass die Nazis dort nicht als Außenseiter gelten und am Rande der Gesellschaft stehen. Die meisten Leute dort kennen die Nazis und wissen was sie machen. Trotzdem sind sie gut integriert in Teile der Farmsener/ Berner Bevölkerung. Das zeigt sich zum Beispiel am Umgang mit den Unterkünften für Geflüchtete in dem Stadtteil, in Bezug auf die Unterkünfte äußern sich viele Farmsener_innen und Berner_innen rassistisch. Es gab ja auch eine Demonstration gegen die Unterkunft, an der nicht nur organisierte Neonazis teilgenommen haben. Das ist eine Entwicklung, die wir gerade in ganz Deutschland beobachten können: Organisierte Neonazis, die Hand in Hand mit Menschen zusammen demonstrieren, die nicht aus diesen Kreisen

stammen. Der Anknüpfungspunkt hierbei ist und bleibt Rassismus. Im Allgemeinen würden wir deshalb auch sagen, dass in der Gegend ein rassistisches Klima herrscht.

Wir haben das Glück, dass wir nicht direkt in Farmsen/Berne wohnen und nicht von Rassismus betroffen sind, wodurch wir selber wählen können, wann es für uns zu Problemen mit den Nazis dort kommt und wann nicht. Zudem haben wir es uns ausgesucht die rechten Strukturen in Farmsen/Berne öffentlich zu benennen, wodurch wir auch in den Fokus der Nazis geraten sind. Durch ein Outing (welches nicht von uns stammt) wurden zudem Anfang dieses Jahres verschiedene Neonazis und organisierte Rassist_innen in der Region benannt. Hier wurde offengelegt, wie die Überschneidungen zur NPD und anderen rechten Organisationen sind.

Gab es Übergriffe? Wie seid ihr bzw. der Stadtteil mit dieser akuten Bedrohung umgegangen?

Uns sind schon eine ganze Menge Übergriffe bekannt, wir wissen aber auch, dass da noch deutlich mehr passiert ist und weiter passiert. Wie die Betroffenen privat damit umgehen, können und wollen wir an dieser Stelle nicht sagen. In der Öffentlichkeit (Wochenblätter etc.) war das Thema rechte und rassistische Übergriffe in Farmsen/Berne bisher jedoch kein Thema, was aber nicht heißt, dass sich die Leute im Stadtteil nicht darüber unterhalten oder so etwas mitbekommen. Uns ist es leider nicht möglich, rechte und rassistische Angriffe auf Anwohner_innen zu verhindern, auch wenn wir immer wieder versuchen durch Stadtteilrundgänge dort Präsenz zu zeigen und den Neonazis und Rassist_innen die Straße streitig zu machen.

Was braucht ihr, was braucht der Stadtteil, damit sich die akute Bedrohung durch die Neonazis verringert? Wegziehen werden die ja wohl nicht oder?

Wir wünschen uns, dass Jugendarbeit und Beratungsstellen für Betroffene besser oder überhaupt finanziert werden. Ob so etwas politisch gewollt ist, ist dann ja nochmal eine andere Frage. Aber wir finden, dass z.B. Jugendclubs ein wichtiger Bestandteil der Arbeit gegen Rassismus und

andere rechte Ideen sind. Zudem würden wir uns wünschen, dass antifaschistische Arbeit mehr wahrgenommen und auch anerkannt wird.

Konkret freuen wir uns natürlich über alles, was uns die alltägliche Arbeit erleichtert. Was uns hier am meisten fehlt sind vor allem Räume für Veranstaltungen und natürlich finanzielle Mittel. Was es aber ganz dringend braucht, ist eine öffentliche Diskussion über Nazis und Rassismus im Stadtteil.

Wie gut seid ihr im Stadtteil vernetzt?

Die Vernetzung in unserem Viertel läuft immer besser und wir pflegen viele Kontakte. Wir versuchen aber auch andere Initiativen und Nachbar_innen bei ihren Problemen und Anliegen zu unterstützen. Es ist also kein einseitiges Verhältnis. Da wir selber nicht in Farmsen/Berne wohnen, sind wir froh verschiedene Kontakte zu Leuten dort zu haben, die uns über Ereignisse dort auf dem Laufenden halten.

Was für Aktionen sind noch von euch geplant? Wie berichtet ihr darüber? Wie können euch Leute erreichen?

Die meisten Aktionen entstehen eher spontan, von daher ist es schwierig zu sagen, was wir in der Zukunft machen werden. Wir werden aber nach wie vor in Farmsen und Berne aktiv sein. Falls es etwas Neues gibt, werden wir wie gewohnt auf Facebook darüber berichten. Zudem stehen wir in Kontakt zu verschiedenen Leuten und Gruppen, die uns bei diesen Aktionen unterstützen wollen. Unser Ziel ist es, dieses Thema in die Öffentlichkeit zu bringen. Natürlich werden wir uns auch an den Aktionen gegen den geplanten Naziaufmarsch am 12.09.15 in Hamburg beteiligen, auch weil Leute aus Farmsen und Berne an dem Naziaufmarsch teilnehmen wollen.

Wir sind entweder über Facebook erreichbar oder unter der E-Mail Adresse Antifa309@riseup.net und freuen uns immer über Post von euch!

Ihr macht viel über Facebook!? Ist das nicht etwas fahrlässig? Auch die Neonazis können doch inzwischen mit dem Web 2.0

umgehen und haben doch bestimmt auf dem Zettel wer was liked oder nicht?

Klar gibt es Nachteile wie z.B. die fehlende Anonymität. Auf der anderen Seite ist es dadurch aber möglich, viele Leute zu erreichen, die wir sonst nicht erreichen würden. Zudem bekommen wir dort meist ein direktes Feedback, wodurch wir merken welche Aktionen erfolgreich sind und

welche nicht. Facebook bietet für uns die Möglichkeit unsere Inhalte und Ideen schnell und einfach unter die Menschen zu bringen und so darüber zu informieren, was bei uns in der Region passiert. Dennoch gibt es natürlich sehr berechtigte Kritik an Facebook, eine optimale Lösung stellt es sicher nicht dar.

Abschließend bitte einen Ausblick von euch: Auf eure Arbeit, aber auch auf euren Stadtteil.

Zurzeit sehen wir für uns keine andere Perspektive als Stadtteilarbeit. Nur so ist es für uns möglich schnell und sinnvoll Kontakt zu Nachbar_innen aufzunehmen und effektiv politisch zu arbeiten. Unser Stadtteil steht zurzeit in einem Wandel. Genau wie im Rest von Hamburg wird auch hier saniert, gentrifiziert und die Mieten steigen, während im Allgemeinen die Löhne sinken. Es bleibt abzuwarten welche Konflikte dadurch entstehen und ob wir darin eine Rolle spielen werden... ■

Literatur

Zülfukar Çetin, Savaş Taş (Hg.): Gespräche über Rassismus – Perspektiven und Widerstände

Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen und Künstler_innen sprechen in dem von Zülfukar Çetin und Savaş Taş herausgegebenen Band über unterschiedliche Formen des Rassismus und seine Verschränkungen mit anderen Herrschaftsverhältnissen in Deutschland.

Die Texte im ersten Buch des Verlages – überwiegend eigens für diesen Band geführte Interviews – stellen in prägnanter Form aktuelle rassistische Diskussionen vor. Zudem zeigen sie Perspektiven und widerständige Praktiken aus der Sicht von rassismuserfahrenen Menschen auf.

Projekte

amira – Antidiskriminierungs-Beratung für Migrantinnen und Migranten

Das Beratungsangebot richtet sich an Migrantinnen und Migranten, die aufgrund ihrer (ggf. auch nur zugeschriebenen) Herkunft, Religion, Hautfarbe oder Sprache Diskriminierung erlebt haben.

amira bietet individuelle Beratungsgespräche sowie Informationen über verschiedene Handlungsmöglichkeiten. Es können Vermittlungsgespräche begleitet und moderiert werden, Beschwerden oder rechtliche Schritte eingeleitet werden oder ggf. kann in Kooperation mit Rechtsanwälten eine Klage nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz unterstützt werden.

Das Beratungsangebot ist mehrsprachig und bei Bedarf können Dolmetscherinnen oder Dolmetscher hinzugezogen werden.

Kontakt:

Birte Weiß, Tel.: 040 – 39 84 26 71 oder

Odette Enayati, Tel.: 040 – 39 84 26 47

E-Mail amira@verikom.de

Kulturbüro Sachsen e.V. : Politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße

„Individuelle Lebensentwürfe junger Menschen stoßen vor allem im ländlichen Raum auf Widerstände. Sie stellen die eingefahrenen Gleise der Erwachsenenwelt in Frage. Verbunden mit einer nichtrechten, menschenrechts- orientierten Jugendkultur, die für Pluralismus und eigene Freiräume kämpft, stößt dieses Engagement schnell an die Akzeptanzgrenzen in der Bevölkerung und der kommunalen Entscheidungsträger_innen. Wie politische Jugendarbeit mit Empowermentansätzen dieser Ausgrenzungsfälle entgehen kann und wie menschenrechtsorientierte Jugendliche, in Haltungen und Positionen den Erwachsenen weit voraus, Gemeindeleben politisch bereichern können, zeigt diese Publikation und stellt damit politische Jugendarbeit vom Kopf auf die Füße.“

Download: <http://www.kulturbuero-sachsen.de/images/PDF/WJD-Abschlussdoku.pdf>

Kurswechsel – Ausstiegsarbeit Rechts

Kurswechsel bietet Distanzierungsförderung und Ausstiegsbegleitung für Menschen mit Sympathien für die bzw. einer Verortung in der (extrem) rechten Szene an. Die Beratung und Begleitung ist freiwillig und absolut vertraulich. Sie zielt auf äußerliche und ideologische Distanzierung, Stabilisierung im sozialen Umfeld, Reflexion und Bewusstmachung der persönlichen Handlungsspielräume und Einbindung in ein sozialräumliches Unterstützungsnetzwerk.

Für Fachkräfte, Engagierte und Angehörige bietet Kurswechsel Prozess- und Fallberatung an, wenn sie (extrem) rechts orientierte Menschen konkret in ihrer Distanzierung oder ihrem Ausstieg unterstützen wollen. Zudem werden Informationsveranstaltungen, Weiterbildungsformate und Workshops speziell zu Ein- und Ausstiegsprozessen, Handlungskompetenzen und Methoden im Umgang mit (extrem) rechts orientierten Menschen sowie Unterstützungsmöglichkeiten für Distanzierungswillige angeboten.

Kontakt:

Tel.: 040 – 300 874 84

E-Mail: info@kurswechsel-hamburg.de

Veranstaltungen

Bericht „35 Jahre nach den rassistischen Morden – Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân!“

Der am 21. auf den 22. August 1980 durch die terroristische Neonazigruppe „Deutsche Aktionsgruppe“ verübte Brandanschlag auf eine Unterkunft in der Halskestraße in Billwerder, in der ca. 240 Menschen untergebracht waren, scheint heute nahezu vergessen. Angesichts der hohen Zahl rechter, rassistischer Anschläge und Morde im gesamten Bundesgebiet ist dieses Vergessen und Verdrängen mehr als erschreckend. Noch immer bleiben die Stimmen und Forderungen von Angehörigen und Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in der Politik und Gesellschaft ungehört.

Die Initiative für ein Gedenken an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân organisierte am Samstag, 22. August 2015 eine Gedenkkundgebung vor der ehemaligen Unterkunft. Über 70 Personen erinnerten an die vor 35 Jahren begangenen rassistischen Morde und demonstrierten für eine institutionalisierte und kollektive gesellschaftliche Erinnerung. Mit Unterstützung und durch kraftvolle Redebeiträge und Grußworte vom Freundeskreis im Gedenken an den rassistischen Brandanschlag von Mölln, Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak B., Ramazan Avcı Initiative sowie Berlin „Moabit hilft!“ und den damaligen Pat_innen von an Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân bestärkte die Initiative ihre Forderungen nach:

- **Die Umbenennung der Halskestraße nach Nguyễn Ngọc Châu und Đỗ Anh Lân.**
- **Die entsprechende Umbenennung der Bushaltestelle am Tatort.**
- **Eine fest installierte Gedenktafel, die die Ereignisse dokumentiert und an die beiden Opfer erinnert**

Das Mobile Beratungsteam gegen

Rechtsextremismus:

Beratung von Eltern, deren Kinder in die rechte Szene abzugleiten drohen; Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gegen extrem rechte Präsenz wie szenetypische Bekleidungsgeschäfte oder sich jährlich wiederholende Aufmärsche in ihrem Umfeld wehren wollen; Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen, die mit der Anmeldung von NPD-Ständen konfrontiert sind; Beobachtung von neuen und alten AktivistInnen, Organisationen und Strukturen der extremen Rechten; Beratung von BürgerInnen, die in ihren Sportstätten, Kleingartenvereinen oder an ihren Arbeitsplätzen rechte Parolen erleben – die Tätigkeits- und Aufgabenfelder des Hamburger Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (MBT) sind sehr breit angelegt.

Sie erreichen das MBT unter:

mbt@hamburg.arbeitundleben.de
www.beratung-gegen-rechts-hamburg.de
www.hamburg.arbeitundleben.de
www.dgb-jugend-nord.de

Das Beratungsnetzwerk gegen

Rechtsextremismus:

Das BNW besteht mittlerweile aus mehr als 40 staatlichen und nicht staatlichen Institutionen aus Hamburg und dem Umland.

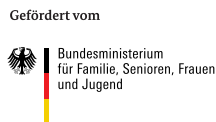
Die NetzwerkpartnerInnen treffen sich regelmäßig, tauschen ihre Erkenntnisse zum Thema Rechtsextremismus aus und entwickeln Gegenstrategien. Die Koordinierungsstelle ist bei der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Diese leitet auch Anfragen direkt an das MBT weiter:

Tel: 040 42863 3625

Federführend zuständig ist die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration. Mehr Infos unter:

www.hamburg.de/beratungsnetzwerk

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg ist ein Projekt von Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V. und der DGB Jugend Nord. Im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« wird es gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Hamburg.



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!



HerausgeberInnen

Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V.

Vereinsregister: Amtsgericht Hamburg Registernummer: VR 9937

Kontakt: Arbeit und Leben Hamburg e.V., Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Telefon: 040 284016-68

E-Mail: mbt@hamburg.arbeitundleben.de

V.i.S.d.P.: Horst H. Hopmann, Arbeit und Leben Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg

Konzeption und Redaktionelle Betreuung: Fabian Kaufmann, Katharina Höfel

Juristische Beratung: Alexander Hoffmann, Dr. Björn Elberling

Gestaltung/Satz: pbd